

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

CONSEIL D'ETAT
LEGISLATION

23 -07- 2018

RAAD VAN STATE
WETGEVING

[Nummer Erlassregister]

**Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 11.
Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt**

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Dekrets vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt, Artikeln 5 §2, 9 §§1, 2 und 4, 10 §§2 und 4, 13, 17, 22 §3, 25, 29, 30, 34 §1 und 37 §4;

Aufgrund des Gutachtens des Beirats für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt vom ...;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens vom ...;

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: das Dekret vom 11. Dezember 2017 über Integration und das Zusammenleben in Vielfalt;

2. Referenzzentrum: gemäß Artikel 3 Nummer 7 des Dekrets das Referenzzentrum für Integration und Migration;

3. Dienste: gemäß Artikel 3 Nummer 10 des Dekrets die Gemeinden, die öffentlichen Sozialhilfezentren, das Referenzzentrum und die Träger der Sprach- und Integrationskurse;

4. Fachbereich: der für die Integration zuständige Fachbereich des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

5. Minister: der für Soziales zuständige Minister.

KAPITEL 2 – INTEGRATIONSPARCOURS

Art. 2 – Verlängerung der Laufzeit

Der Migrant, der den Integrationsparcours nicht innerhalb der in Artikel 5 §2 des Dekrets festgelegten Frist absolvieren kann, reicht frühestens sechs Monate und spätestens einen Monat vor Ablauf dieser Frist einen Antrag auf Verlängerung der Frist beim Referenzzentrum ein.

Das Referenzzentrum kann die Frist jeweils höchstens um ein Jahr verlängern:

1. bei Unvereinbarkeit der im Rahmen des Integrationsparcours vorgesehenen Etappen mit einer beruflichen Aus- oder Weiterbildung oder beruflichen Tätigkeit;
2. bei Migranten, die zu Beginn des Integrationsparcours nicht das lateinische Alphabet beherrschen;
3. aus folgenden gesundheitlichen Gründen:
 - a) bei einer krankheitsbedingten Abwesenheit von insgesamt mindestens einem Monat;
 - b) bei der Geburt eines Kindes;
 - c) bei einem vorübergehenden Aufenthalt im Ausland aus medizinischen Gründen;
4. aus folgenden persönlichen Gründen:
 - a) der Migrant ist aus zwingenden Gründen vorübergehend im Ausland;
 - b) bei einer zeitweiligen Abwesenheit gemäß Artikel 18 des Königlichen Erlasses vom 16. Juli 1992 über die Bevölkerungsregister und das Fremdenregister;
 - c) der Migrant gilt als nahestehende Hilfsperson gemäß Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Mai 2014 über die Anerkennung nahestehender Hilfspersonen, die sich um hilfsbedürftige Menschen kümmern;
 - d) die regelmäßige Kinderbetreuung für die Kleinkinder des Migranten ist nicht gewährleistet;
 - e) bei der Adoption eines Kindes;
5. bei unzureichenden Kursangeboten im Rahmen des Integrationsparcours;
6. bei einem Beginn des nächsten verfügbaren Sprach- oder Integrationskurses in frühestens drei oder mehr Monaten ab Einschreibung in den Integrationsparcours beim Referenzzentrum.

Die in Absatz 2 Nummer 3 erwähnten gesundheitlichen Gründe sowie die Dauer der Abwesenheit werden durch ein ärztliches Attest belegt.

Die durch das Referenzzentrum erteilte Verlängerung wird in der in Artikel 8 des Dekrets erwähnten Vereinbarung zum Integrationsparcours vermerkt.

Das Referenzzentrum führt ein anonymisiertes Register über die angenommenen und abgelehnten Anträge auf Verlängerung.

Art. 3 – Sprachkurs in einer der beiden anderen Landessprachen

Wird im Rahmen der gemäß Artikel 14 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a) des Dekrets erstellten Sozialbilanz des Referenzzentrums festgestellt, dass das Erlernen einer der beiden anderen Landessprachen dem Migrant mehr Möglichkeiten zur sozialen und/oder beruflichen Eingliederung bietet, wird er in einen Sprachkurs, der in einer anderen Gebietskörperschaft im Rahmen des dortigen Integrationsparcours erteilt wird, oder in einem gemäß Kapitel 3 anerkannten Sprachkurs eingetragen.

KAPITEL 3 – ANERKENNUNG UND BEZUSCHUSSUNG DER SPRACHKURSE

Art. 4 – Anerkennungsbedingungen



Um anerkannt zu werden, erfüllen die Dienste zumindest folgende Bedingungen:

1. die Sprachkurse werden von Instituten der schulischen Weiterbildung oder von gemäß dem Dekret vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung organisiert;
2. die Dienste bieten einen niederschwelligen und/oder einen Intensivsprachkurs an:
 - a) der niederschwellige Sprachkurs erfüllt mindestens folgende Kriterien:
 - er umfasst bei Kursbeginn mindestens 5 und höchstens 12 Teilnehmer;
 - er umfasst mindestens 2 Stunden pro Woche;
 - er ist lebensnah und praxisorientiert gestaltet;
 - b) der Intensivsprachkurs erfüllt mindestens folgende Kriterien:
 - er umfasst bei Kursbeginn mindestens 8 und höchstens 18 Teilnehmer;
 - er umfasst mindestens 12 Stunden pro Woche;
3. die Dienste bieten entweder einen Alphabetisierungskurs oder einen Sprachkurs mit dem Zielniveau A1, A1+ oder A2 gemäß dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen an;
4. die Dienste bieten mindestens 120 Stunden pro Sprachniveau an;
5. die Dienste bieten einen bedarfsorientierten und zu flexiblen Zeiten organisierten Sprachkurs an;
6. die Dienste stellen für die Erteilung der Sprachkurse hauptamtliche Kursleiter oder Honorarkräfte ein, die mindestens drei Jahre Erfahrung in der Erwachsenenbildung, Sprachförderung, Vermittlung von Fremdsprachen oder im interkulturellen Bereich aufweisen oder eine für die betroffene Funktion nützliche Ausbildung nachweisen können.

Art. 5 – Anerkennungsverfahren

§1 - Für den Erhalt der Anerkennung reichen die Dienste einen Antrag beim Fachbereich ein.

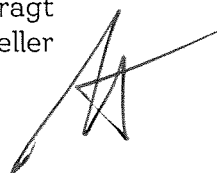
§2 - Dem Antrag sind mindestens folgende Unterlagen und Angaben beigelegt:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der juristischen Person;
3. das Konzept zur Organisation und zum Ablauf der Kurse, welches mindestens folgende Informationen umfasst:
 - a) die angebotenen Kursniveaus;
 - b) die Mindest- und Höchstanzahl Teilnehmer pro Sprachkurs;
 - c) der Zeitpunkt des Einstiegs in einen Sprachkurs;
 - d) die Qualifikation des Lehrpersonals;
 - e) die Angaben zur Zielgruppe;
 - f) die möglichen Partnerorganisationen;
 - g) die Modalitäten zur Zusammenarbeit mit dem Referenzzentrum;
 - h) die Lernmethoden oder Methoden zur Sprachvermittlung.

Der Fachbereich legt das zu verwendende Antragsformular fest.

Der Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form eingereicht. Der Fachbereich bestätigt den Erhalt des Antrags innerhalb von 30 Kalendertagen. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

§3 - Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Anerkennung sowie die beigelegten Unterlagen. Ist der Antrag vollständig, übermittelt der Fachbereich dem Antragsteller eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Angaben beziehungsweise Unterlagen beim Antragsteller an.



Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist oder bei unvollständigem Antrag gilt das Gutachten als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 2 aufgeführten Frist über die Erteilung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

§4 - Die Anerkennung wird für einen Zeitraum von vier Jahren erteilt.

§5 - Wenn eine oder mehrere Bedingungen, die für eine Anerkennung erforderlich sind, nicht erfüllt sind, kann der Fachbereich in seinem in §3 Absatz 2 erwähnten Gutachten eine vorläufige Anerkennung unter Auflagen vorschlagen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in §3 Absatz 2 genannten Frist über die Erteilung einer vorläufigen Anerkennung und legt die Auflagen sowie die Dauer der vorläufigen Anerkennung fest.

Der Fachbereich erstellt spätestens 60 Tage vor Ablauf der vorläufigen Anerkennung ein Gutachten zur Umsetzung der Auflagen durch den Dienst, das er dem Minister übermittelt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über die Erteilung einer definitiven Anerkennung.

Erhält der Dienst nach Ablauf der vorläufigen Anerkennung keine definitive Anerkennung, wird die etwaige Förderung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

§6 - Änderungen zu den in §2 erwähnten Angaben unterliegen einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reicht der Dienst einen individuellen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein. Der Fachbereich überprüft, ob in Bezug auf den Bedarf und die Integration eine Abweichung gerechtfertigt ist, und übermittelt dem Minister ein Gutachten innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Antrags. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über die Genehmigung der Änderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Der Dienst kann die Änderung nur nach Erhalt einer Zusage vornehmen.

Die Dauer der Genehmigung der Änderung ist in jedem Fall auf höchstens 12 Monate begrenzt und kann erneuert werden.

Der Fachbereich hält jede Genehmigung der Änderung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.



§7 - Spätestens sechs Monate vor Ablauf der Anerkennung reicht der Dienst einen neuen Antrag beim Fachbereich ein. Dieser Antrag erhält die in §2 erwähnten Unterlagen und Angaben, insofern diese sich von dem ursprünglichen Antrag unterscheiden.

Art. 6 – Aufrechterhaltung der Anerkennung

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die anerkannten Dienste die im vorliegenden Erlass erwähnten Verpflichtungen sowie die im Dekret erwähnten Bedingungen ein, die der Anerkennung zugrunde liegen.

Art. 7 – Aussetzung der Anerkennung

§1 - Kommt der Dienst den im Dekret oder im vorliegenden Erlass angeführten Verpflichtungen nicht nach, fordert der Fachbereich ihn auf, den Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann der Dienst spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen beim Fachbereich beantragen.

§2 - Kommt der Dienst nach der in §1 erwähnten Aufforderung weiterhin den Verpflichtungen nicht nach, setzt der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem Dienst per Einschreiben seine Absicht mit. Der Dienst kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem Dienst unverzüglich zugestellt.

Während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung bietet der betroffene Dienst keinen neuen Kurs mehr an.

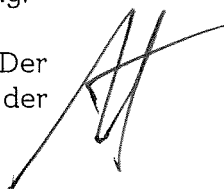
§3 - Während der Aussetzung der Anerkennung werden dem Dienst keine Zuschüsse mehr ausbezahlt.

Kommt der Dienst den Verpflichtungen nach, beendet der Minister die Aussetzung und kann die zwischenzeitlich nicht ausgezahlten Zuschüsse rückwirkend auszahlen.

Art. 8 – Entzug der Anerkennung

§1 - Kommt der Dienst nach Ablauf der Dauer der in Artikel 7 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, entzieht der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung.

Vor dem Entzug teilt der Minister dem Dienst per Einschreiben seine Absicht mit. Der Dienst kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der



Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung, beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über den Entzug.

Dieser Beschluss wird dem Dienst unverzüglich zugestellt.

§2 - Mit dem Entzug der Anerkennung wird die etwaige Förderung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

§3 - Ab dem Zeitpunkt, an dem die Förderung des Dienstes gemäß Artikel 14 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung oder die Förderung als Institut für schulische Weiterbildung eingestellt wurde, wird die Anerkennung im Rahmen des vorliegenden Erlasses von Rechtswegen entzogen.

Art. 9 – Beendigung der Sprachkurse

§1 - Der Dienst teilt dem Fachbereich jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung seiner Tätigkeit schriftlich mit, die nicht auf einen Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 8 zurückzuführen ist. Ausgenommen sind Urlaubsperioden und Feiertage.

Das Vorhaben des Dienstes wird dem Minister mindestens drei Monate vor der geplanten zeitweiligen Einstellung und sechs Monate vor der geplanten definitiven Einstellung schriftlich mitgeteilt.

Die definitive Einstellung der Tätigkeit des Dienstes hat den Entzug der Anerkennung von Rechtswegen und die Beendigung der etwaigen Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft zur Folge.

§2 - Bei der Übertragung der Trägerschaft eines Dienstes bleibt die Anerkennung während einer Dauer von sechs Monaten nach der Übertragung unter der Bedingung gültig, dass der neue Träger eine Anerkennung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels beantragt.

Liegt dem Fachbereich innerhalb der in Absatz 4 erwähnten Frist kein Antrag vor, kommt dies einer definitiven Einstellung der Tätigkeit gleich.

Art. 10 – Bezuschussung

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung anerkannten Diensten für die im vorliegenden Erlass festgelegten Dienstleistungen und unter den in Absatz 2 festgelegten Bedingungen Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten.

Um bezuschusst werden zu können, dürfen die Dienste für diese Tätigkeit keine Bezuschussung im Rahmen einer anderen Regelbestimmung erhalten.

Wenn die Dienste von anderen Behörden bezuschusst werden können, muss dieser Zuschuss beantragt werden. Diese Zuschüsse werden von den Gesamtkosten abgezogen, ehe der in Anwendung des vorliegenden Erlasses gewährte Zuschuss berechnet wird.



Die Bezuschussung und die Aufgabenbeschreibung werden im Rahmen eines Vertrags zwischen einem anerkannten Dienst und der Regierung festgelegt.

Art. 11 – Einstufungstest

Der vom Referenzzentrum durchgeführte Test zur Einstufung des jeweiligen Sprachniveaus zwecks anschließender Eintragung in den entsprechenden Sprachkurs entspricht mindestens folgenden Kriterien:

1. er beruht auf dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprachen;
2. er bewertet folgende Sprachkompetenzen:
 - a) das schriftliche Verständnis und den Ausdruck;
 - b) das mündliche Verständnis und den Ausdruck.

Der Migrant erhält eine Abschrift seines Ergebnis des Einstufungstests.

KAPITEL 4 – ANERKENNUNG UND BEZUSCHUSSUNG DES INTEGRATIONSKURS

Art. 12 – Anerkennungsbedingungen

Um anerkannt zu werden, erfüllen die Dienste zumindest folgende Bedingungen:

1. die Integrationskurse werden von Instituten der schulischen Weiterbildung oder von gemäß dem Dekret vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung geförderten Einrichtungen der Erwachsenenbildung organisiert;
2. die Integrationskurse erfüllt mindestens folgende Kriterien:
 - a) er umfasst bei Kursbeginn mindestens 8 und höchstens 18 Teilnehmer;
 - b) er umfasst mindestens 60 Stunden, die innerhalb von höchstens zwölf Monaten erteilt werden müssen;
 - c) er ist lebensnah und praxisorientiert gestaltet;
 - d) er beinhaltet die für die Kursteilnehmer verpflichtende Erstellung eines persönlichen Aktionsplans;
 - e) er informiert über die durch die belgische Verfassung festgelegten Grundrechte und Pflichten;
 - f) er informiert über den Aufbau des belgischen Staates sowie über die europäischen Institutionen;
 - g) er informiert über die Gesundheitsversorgung, die Wohnungssituation, die Bildung, die Arbeit und die soziale Sicherheit;
 - h) er informiert über den Alltag, sowie das interkulturelle Zusammenleben in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. die Dienste bieten einen bedarfsorientierten und zu flexiblen Zeiten organisierten Integrationskurs an;
4. die Dienste ermöglichen mindestens zwei Mal jährlich den Einstieg in einen Integrationskurs;
5. die Dienste stellen für die Erteilung der Integrationskurse hauptamtliche Kursleiter oder Honorarkräfte ein, die mindestens drei Jahre Erfahrung in der Erwachsenenbildung oder im interkulturellen Bereich aufweisen oder eine für die betroffene Funktion nützliche Ausbildung nachweisen können.

Art. 13 – Anerkennungsverfahren

§1 – Für den Erhalt der Anerkennung reichen die Dienste einen Antrag beim Fachbereich ein.

§2 - Dem Antrag sind mindestens folgende Unterlagen und Angaben beigefügt:



1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der juristischen Person;
3. das Konzept zur Organisation und zum Ablauf der Kurse, welches mindestens folgende Informationen umfasst:
 - a) die Anzahl Teilnehmer pro Integrationskurs;
 - b) der Ort und der Zeitraum, in dem der Integrationskursus stattfindet;
 - c) der Zeitpunkt des Einstiegs in einen Integrationskurs;
 - d) die Qualifikation des Lehrpersonals;
 - e) die Angaben zur Zielgruppe;
 - f) die möglichen Partnerorganisationen;
 - g) die Modalitäten zur Zusammenarbeit mit dem Referenzzentrum.

Der Fachbereich legt das zu verwendende Antragsformular fest.

Der Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form eingereicht. Der Fachbereich bestätigt den Erhalt des Antrags innerhalb von 30 Kalendertagen. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

§3 - Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Anerkennung sowie die beigefügten Unterlagen. Ist der Antrag vollständig, übermittelt der Fachbereich dem Antragsteller eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Angaben beziehungsweise Unterlagen beim Antragsteller an.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist oder bei unvollständigem Antrag gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 2 aufgeführten Frist über die Erteilung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

§4 - Die Anerkennung wird für einen Zeitraum von vier Jahren erteilt.

§5 - Wenn eine oder mehrere Bedingungen, die für eine Anerkennung erforderlich sind, nicht erfüllt sind, kann der Fachbereich in seinem in §3 Absatz 2 erwähnten Gutachten eine vorläufige Anerkennung unter Auflagen vorschlagen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in §3 Absatz 2 aufgeführten Frist über die Erteilung einer vorläufigen Anerkennung und legt die Auflagen sowie die Dauer der vorläufigen Anerkennung fest.

Der Fachbereich erstellt spätestens 60 Tage vor Ablauf der vorläufigen Anerkennung ein Gutachten zur Umsetzung der Auflagen durch den Dienst, das er dem Minister übermittelt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über die Erteilung einer definitiven Anerkennung.

Erhält der Dienst nach Ablauf der vorläufigen Anerkennung keine definitive Anerkennung, wird die etwaige Förderung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft



beendet.

§6 - Änderungen zu den in §2 erwähnten Angaben unterliegen einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reicht der Dienst einen individuellen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein. Der Fachbereich überprüft, ob in Bezug auf den Bedarf und die Integration eine Abweichung gerechtfertigt ist, und übermittelt dem Minister ein Gutachten innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Antrags. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über die Genehmigung der Änderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Der Dienst kann die Änderung nur nach Erhalt einer Zusage vornehmen.

Die Dauer der Genehmigung der Änderung ist in jedem Fall auf höchstens 12 Monate begrenzt und kann erneuert werden.

Der Fachbereich hält jede Genehmigung der Änderung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

§7 - Spätestens sechs Monate vor Ablauf der Anerkennung reicht der Dienst einen neuen Antrag beim Fachbereich ein. Dieser Antrag erhält die in §2 erwähnten Unterlagen und Angaben, insofern diese sich von dem ursprünglichen Antrag unterscheiden.

Art. 14 – Aufrechterhaltung der Anerkennung

Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die Dienste die im vorliegenden Erlass erwähnten Verpflichtungen sowie die im Dekret erwähnten Bedingungen ein, die der Anerkennung zugrunde liegen.

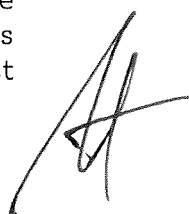
Art. 15 – Aussetzung der Anerkennung

§1 - Kommt der Dienst den im Dekret oder im vorliegenden Erlass angeführten Verpflichtungen nicht nach, fordert der Fachbereich ihn auf, den Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann der Dienst spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 genannten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen beim Fachbereich beantragen.

§2 - Kommt der Dienst nach der in §1 erwähnten Aufforderung weiterhin den Verpflichtungen nicht nach, setzt der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem Dienst per Einschreiben seine Absicht mit. Der Dienst kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.



Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Aussetzung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem Dienst unverzüglich zugestellt.

Während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung bietet der betroffene Dienst keinen neuen Kurs mehr an.

§3 – Während der Aussetzung der Anerkennung werden dem Dienst keine Zuschüsse mehr ausgezahlt.

Kommt der Dienst den Verpflichtungen nach, beendet der Minister die Aussetzung und kann die zwischenzeitlich nicht ausgezahlten Zuschüsse rückwirkend auszahlen.

Art. 16 – Entzug der Anerkennung

§1 – Kommt der Dienst nach Ablauf der Dauer der in Artikel 15 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, entzieht der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung.

Vor dem Entzug teilt der Minister dem Dienst per Einschreiben seine Absicht mit. Der Dienst kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über den Entzug.

Dieser Beschluss wird dem Dienst unverzüglich zugestellt.

§2 – Mit dem Entzug der Anerkennung wird die etwaige Förderung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

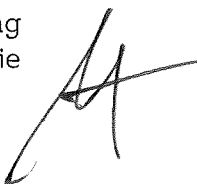
§3 – Ab dem Zeitpunkt, an dem die Förderung des Dienstes gemäß Artikel 14 des Dekrets vom 17. November 2008 zur Förderung der Einrichtungen der Erwachsenenbildung oder die Förderung als Institut für schulische Weiterbildung eingestellt wurde, wird die Anerkennung im Rahmen des vorliegenden Erlasses von Rechtswegen entzogen.

Art. 17 – Beendigung des Integrationskurs

§1 – Der Dienst teilt dem Fachbereich jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung seiner Tätigkeit schriftlich mit, die nicht auf einen Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 16 zurückzuführen ist. Ausgenommen sind Urlaubsperioden und Feiertage.

Das Vorhaben des Dienstes wird dem Minister mindestens drei Monate vor der geplanten zeitweiligen Einstellung und sechs Monate vor der geplanten definitiven Einstellung schriftlich mitgeteilt.

Die definitive Einstellung der Tätigkeit des Dienstes hat den Entzug der Anerkennung von Rechtswegen und die Beendigung der etwaigen Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft zur Folge.



§2 - Bei der Übertragung der Trägerschaft eines Dienstes bleibt die Anerkennung während einer Dauer von sechs Monaten nach der Übertragung unter der Bedingung gültig, dass der neue Träger eine Anerkennung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels beantragt.

Liegt dem Fachbereich innerhalb der in Absatz 4 erwähnten Frist kein Antrag vor, kommt dies einer definitiven Einstellung der Tätigkeit gleich.

Art. 18 – Bezuschussung

Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel gewährt die Regierung anerkannten Diensten für die im vorliegenden Erlass festgelegten Dienstleistungen und unter den im vorliegenden Artikel festgelegten Bedingungen Zuschüsse für Personal- und Funktionskosten.

Um bezuschusst werden zu können, dürfen die Dienste für diese Tätigkeit keine Bezuschussung im Rahmen einer anderen Regelbestimmung erhalten.

Wenn die Dienste von anderen Behörden bezuschusst werden können, muss dieser Zuschuss beantragt werden. Diese Zuschüsse werden von den Gesamtkosten abgezogen, ehe der in Anwendung des vorliegenden Erlasses gewährte Zuschuss berechnet wird.

Die Bezuschussung und die Aufgabenbeschreibung wird im Rahmen eines Vertrags zwischen einem anerkannten Dienst und der Regierung festgelegt.

Art. 19 – Sprache des Integrationskurses

§1 - Der Integrationskurs kann in einer anderen Sprache erteilt werden, wenn zumindest folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. der Kurs zählt mindestens 8 Teilnehmer, die die gleiche Sprache auf gleichem Niveau beherrschen;
2. der Kurs findet an einem einfach zugänglichen Ort und zu flexiblen Zeiten für die Teilnehmer statt;
3. der anerkannte Dienst verfügt über einen Kursleiter oder eine Honorarkraft, die diese Sprache beherrscht.

§2 - Hat der Migrant bereits einen Sprachkurs des Niveau A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens in einer anderen Landessprache absolviert oder verfügt er über das Niveau A2 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens in einer anderen Landessprache, kann er den Integrationskurs in einer der beiden anderen Landessprachen belegen.

Art. 20 – Gleichstellung anderer Kurse

Der Integrationskurs, der vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses beim Belgischen Roten Kreuz, bei einem Institut für schulische Weiterbildung oder bei einer geförderten Einrichtung der Erwachsenenbildung abgeschlossen wurde, wird dem im vorliegenden Erlass erwähnten Integrationskurs gleichgestellt.



Art. 21 – Anerkennungsverfahren

§1 - Für den Erhalt der Anerkennung reichen die Einrichtungen einen Antrag beim Fachbereich ein.

§2 - Dem Antrag sind mindestens folgende Unterlagen und Angaben beigelegt:

1. die Identität des Antragstellers;
2. die Satzungen der juristischen Person;
3. die angebotenen Dienstleistungen im Bereich Integration;
4. die Qualifikation des Personals;
5. die Modalitäten zur Zusammenarbeit mit den Diensten der Erwachsenenbildung und den Gemeinden.

Der Fachbereich legt das zu verwendende Antragsformular fest.

Der Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form eingereicht. Der Fachbereich bestätigt den Erhalt des Antrags innerhalb von 30 Kalendertagen. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend. ,

§3 – Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Anerkennung sowie die beigelegten Unterlagen. Ist der Antrag vollständig, übermittelt der Fachbereich dem Antragsteller eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Angaben beziehungsweise Unterlagen beim Antragsteller an.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist oder bei unvollständigem Antrag gilt das Gutachten als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Erteilung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als verweigert.

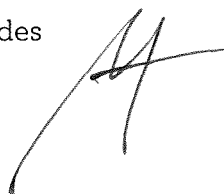
§4 – Gemäß Artikel 13 §2 Absatz 2 des Dekrets wird die Anerkennung für einen Zeitraum von sechs Jahren erteilt.

§5 – Wenn eine oder mehrere Bedingungen, die für eine Anerkennung erforderlich sind, nicht erfüllt sind, kann der Fachbereich in seinem in §3 Absatz 2 erwähnten Gutachten eine vorläufige Anerkennung unter Auflagen vorschlagen.

Der Minister entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in §3 Absatz 2 genannten Frist über die Erteilung einer vorläufigen Anerkennung und legt die Auflagen sowie die Dauer der vorläufigen Anerkennung fest.

Der Fachbereich erstellt spätestens 60 Tage vor Ablauf der vorläufigen Anerkennung ein Gutachten zur Umsetzung der Auflagen durch das Referenzzentrum, das er dem Minister übermittelt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über die Erteilung einer definitiven Anerkennung.



Erhält der Antragsteller nach Ablauf der vorläufigen Anerkennung keine definitive Anerkennung, wird die etwaige Förderung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

§6 – Das Referenzzentrum teilt dem Fachbereich während der Dauer der Anerkennung innerhalb von 30 Tagen jede Änderung zu den in §2 erwähnten Angaben schriftlich mit.

Der Fachbereich kann während der Dauer der Anerkennung jederzeit eine aktuelle Ausführung der in §2 erwähnten Angaben bei dem Referenzzentrum anfordern.

Änderungen zu den in §2 Absatz 1 Nummern 3 und 4 erwähnten Angaben unterliegen einer vorherigen Genehmigungspflicht.

Zu diesem Zweck reicht das Referenzzentrum einen individuellen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein. Der Fachbereich überprüft, ob eine Abweichung gerechtfertigt ist und übermittelt dem Minister ein Gutachten innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Antrags. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über eine Genehmigung der Änderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Genehmigung als verweigert.

Das Referenzzentrum kann die Änderung nur nach Erhalt einer Zusage vornehmen.

Die Dauer der Genehmigung der Änderung ist in jedem Fall auf höchstens 12 Monate begrenzt und kann erneuert werden.

Der Fachbereich hält jede Genehmigung der Änderung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

§7 - Spätestens sechs Monate vor Ablauf der Anerkennung reicht das Referenzzentrum einen neuen Antrag beim Fachbereich ein. Dieser Antrag erhält die in §2 erwähnten Unterlagen und Angaben, insofern diese sich von dem ursprünglichen Antrag unterscheiden.

Art. 22 – Aufrechterhaltung der Anerkennung

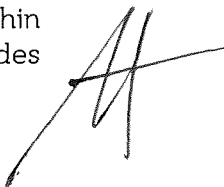
Für die Aufrechterhaltung der Anerkennung hält das Referenzzentrum die im vorliegenden Erlass erwähnten Verpflichtungen sowie die im Dekret erwähnten Bedingungen ein, die der Anerkennung zugrunde liegen.

Art. 23 – Aussetzung der Anerkennung

§1 - Kommt das Referenzzentrum den im Dekret oder im vorliegenden Erlass angeführten Verpflichtungen nicht nach, fordert der Fachbereich es auf, den Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann das Referenzzentrum spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 angeführten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen beim Fachbereich beantragen.

§2 – Kommt das Referenzzentrum nach der in §1 erwähnten Aufforderung weiterhin den Verpflichtungen nicht nach, setzt der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung aus.



Vor der Aussetzung teilt der Minister dem Referenzzentrum per Einschreiben seine Absicht mit. Das Referenzzentrum kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 angeführten Frist über die Aussetzung und die Dauer dieser Aussetzung.

Dieser Beschluss wird dem Referenzzentrum unverzüglich zugestellt.

Während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung nimmt das Referenzzentrum keine neuen Anfragen seitens der Migranten oder der juristischen und natürlichen Personen, die im deutschen Sprachgebiet mit Migranten arbeiten, mehr an.

§3 – Während der Aussetzung der Anerkennung werden dem Referenzzentrum keine Zuschüsse mehr ausgezahlt.

Kommt das Referenzzentrum den Verpflichtungen nach, beendet der Minister die Aussetzung und kann die zwischenzeitlich nicht ausgezahlten Zuschüsse rückwirkend auszahlen.

Art. 24 – Entzug der Anerkennung

§1 – Kommt das Referenzzentrum nach Ablauf der Dauer der in Artikel 23 erwähnten Aussetzung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, entzieht der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die gegebenenfalls vorläufige oder definitive Anerkennung.

Vor dem Entzug teilt der Minister dem Referenzzentrum per Einschreiben seine Absicht mit. Das Referenzzentrum kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 angeführten Frist über den Entzug.

Dieser Beschluss wird dem Referenzzentrum unverzüglich zugestellt.

§2 – Mit dem Entzug der Anerkennung wird die etwaige Förderung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

Art. 25 – Beendigung der Anerkennung

§1 – Das Referenzzentrum teilt dem Fachbereich jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung ihrer Tätigkeit schriftlich mit, die nicht auf einen Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 24 zurückzuführen ist. Ausgenommen sind Urlaubsperioden und Feiertage.



Das Vorhaben des Referenzzentrums wird dem Minister mindestens drei Monate vor der geplanten zeitweiligen Einstellung und sechs Monate vor der geplanten definitiven Einstellung schriftlich mitgeteilt.

Die definitive Einstellung der Tätigkeit des Referenzzentrums hat den Entzug der Anerkennung von Rechtswegen und die Beendigung der etwaigen Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft zur Folge.

§2 - Bei der Übertragung der Trägerschaft des Referenzzentrums bleibt die Anerkennung während einer Dauer von sechs Monaten nach der Übertragung unter der Bedingung gültig, dass der neue Träger eine Anerkennung gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Kapitels beantragt.

Liegt dem Fachbereich innerhalb der in Absatz 4 erwähnten Frist kein Antrag vor, kommt dies einer definitiven Einstellung der Tätigkeit gleich.

Art. 26 – Qualifikation des Personals

§1 - Für den Bereich „soziale Begleitung und Beratung“ verfügt das Referenzzentrum mindestens über eine Vollzeitäquivalent, verteilt über eine oder mehrere Fachkräfte. Diese verfügen über ein Bachelordiplom mit sozialer Ausrichtung oder ein gleichgestelltes Diplom.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung, eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion oder ein nachgewiesener Arbeitskräftemangel für die geforderte Qualifikation vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

§2 – Für den Bereich „Verwaltung“ verfügt das Referenzzentrum über mindestens über eine halbe Vollzeitäquivalent, verteilt über eine oder mehrere Fachkräfte. Diese verfügen über ein Diplom der Oberstufe des allgemeinbildenden Sekundarunterrichts.

Der Minister kann Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung, eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion oder ein nachgewiesener Arbeitskräftemangel für die geforderte Qualifikation vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

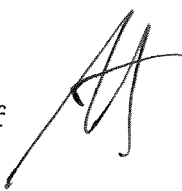
§3 - Die in §§1 und 2 angeführten Bestimmungen gelten nicht für das Personal, das vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses bereits in der Einrichtung beschäftigt ist, die als Referenzzentrum anerkannt wurde.

KAPITEL 6 – FÖRDERUNG VON INTEGRATIONSMASSNAHMEN

Art. 27 – Kommunale Integrationsbeauftragte

Die kommunalen Integrationsbeauftragten haben insbesondere folgende Aufgaben:

1. die Unterstützung und Vernetzung ehrenamtlicher Akteure im Bereich Integration;
2. die Koordination verschiedener Integrationsprojekte auf lokaler Ebene;
3. die Ermittlung von Bedarfen in Zusammenhang mit der Thematik der Integration auf



lokaler Ebene;

4. die Ausarbeitung von lokalen Integrationskonzepten;
5. die Beteiligung an Gremien, die im Bereich der Integration tätig sind.

Zusätzliche Aufgaben sowie die Bedingungen zur Förderung werden im Rahmen eines Vertrages zwischen der Regierung und der Gemeinde oder dem öffentlichen Sozialhilfezentrum festgelegt.

KAPITEL 7 – DATENSCHUTZ

Art. 28 – Die Verarbeitung personenbezogener Daten

§1 - Im Hinblick auf die Ausführung ihrer gesetzlichen oder dekretalen Aufträge:

1. kann das Referenzzentrum folgende Daten verarbeiten:
 - a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
 - b) Schulabschluss, Ausbildung, Diplome;
 - c) Zivilstand, Haushaltszusammensetzung, Familiensituation;
 - d) Aufenthaltsstatut, Wohnsituation, verfügbare Transportmittel, soziales Umfeld, Ablauf und Teilnahme am Integrationsparcours, finanzielle Ressourcen;
 - e) Interessen, Hobbies, Vereinsleben;
 - f) berufliche und soziale Erfahrungen und Kompetenzen, Sprachkenntnisse;
 - g) rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen;
 - h) Verwaltungssanktionen.

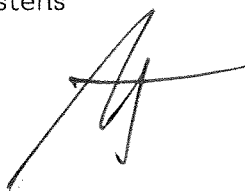
2. können die Einrichtungen, die mit der sozial-beruflichen Orientierung beauftragt sind, folgende Daten verarbeiten:

- a) Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
- b) Schulabschluss, Ausbildung, Diplome;
- c) Zivilstand, Haushaltszusammensetzung, Familiensituation;
- d) Aufenthaltsstatut, Wohnsituation, verfügbare Transportmittel, soziales Umfeld, Ablauf und Teilnahme am Integrationsparcours, finanzielle Ressourcen;
- e) Interessen, Hobbies, Vereinsleben;
- f) berufliche und soziale Erfahrungen und Kompetenzen, Sprachkenntnisse;
- g) rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen.

3. können die aufgrund von Artikel 32 des Dekrets bestellten Inspektoren und externen Sachverständigen in Bezug auf die Migranten folgende Daten verarbeiten: Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Wohnort, Ankunft in Belgien und Anmeldung in der Gemeinde, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Verwaltungssanktionen und Ablauf und Teilnahme am Integrationsparcours.

§2 - Unbeschadet anderer Gesetzes-, Dekret- oder Verordnungsbestimmungen, die gegebenenfalls eine längere Aufbewahrungsfrist vorsehen, werden die in §1 erwähnten Daten ab Datum der Erhebung während zehn Jahren verarbeitet und aufbewahrt.

Unbeschadet der Bestimmungen in Bezug auf das Archivwesen werden sie spätestens nach Ablauf dieser Frist vernichtet.



§3 - Der für die Verarbeitung der im vorliegenden Erlass und in Artikel 29 des Dekrets angeführten Daten Verantwortliche gewährleistet die Einhaltung der in Artikel 1 §4 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten vorgesehenen Vorgaben.

§4 - Der Zugriff auf die in Artikel 29 des Dekrets vorgesehenen Daten in Ausführung von Artikel 26 desselben Dekrets beschränkt sich auf die für die Erfüllung der Aufgaben und für die Erfordernisse der Dienste benötigten Informationen. Die Daten werden nur in Bezug auf die Teilnahme am Integrationsparcours ausgetauscht und verarbeitet.

KAPITEL 8 – KONTROLLBESTIMMUNGEN

Art. 29 – Abbruch des Integrationsparcours

Folgende Gründe sind für einen Abbruch des Integrationsparcours zulässig:

1. der Migrant erhält die Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen;
2. der Migrant hat seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthaltsort nicht mehr im deutschen Sprachgebiet;
3. der Migrant erleidet eine durch ein ärztliches Attest belegte dauerhafte Krankheit oder Beeinträchtigung, die eine weitere Teilnahme am Integrationsparcours dauerhaft unmöglich macht;
4. der Migrant fällt während seines Integrationsparcours in einer der in Artikel 6 §2 Absatz 2 des Dekrets angeführten Kategorien.

KAPITEL 9 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 30 – Abänderungsbestimmung

Im Anhang des Erlasses der Regierung vom 12. Juli 2001 zur Harmonisierung der Anwesenheitsgelder und Fahrtentschädigungen in Gremien und Verwaltungsräten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 28. Oktober 2016, wird in Nummer 2 folgender neuer Spiegelstrich eingeführt:

„- Beirat für Integration und das Zusammenleben in Vielfalt“

Art. 31 – Inkrafttreten

Der vorliegende Erlass tritt am 1. November 2018 in Kraft.

Art. 32 – Durchführungsbestimmung

Der Minister für Soziales wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH



Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales
A. ANTONIADIS

A handwritten signature in black ink, consisting of stylized, overlapping capital letters 'A' and 'A' followed by a horizontal line.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[Nummer Erlassregister]

Voorontwerp van een besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Gelet op het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit, de artikelen 5, § 2, 9, §§ 1, 2 en 4, 10, §§ 2 en 4, 13, 17, 22, § 3, 25, 29, 30, 34, § 1, en 37, § 4;

Gelet op het advies van de adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit, gegeven op ...;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op ...;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. ...;

Gelet op advies ... van de Raad van State, gegeven op ..., met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Overwegende het advies van de Commissie voor de bescherming van de persoonlijke levenssfeer, gegeven op ...;

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Definities

Voor de toepassing van dit besluit wordt verstaan onder:

1° decreet: het decreet van 11 december 2017 betreffende integratie en samenleven in diversiteit;

2° referentiecentrum: het referentiecentrum voor integratie en migratie overeenkomstig artikel 3, 7°, van het decreet;

3° diensten: de gemeenten, de openbare centra voor maatschappelijk welzijn, het referentiecentrum en de aanbieders van de taal- en integratiecursussen overeenkomstig artikel 3, 10°, van het decreet;

4° departement: het departement van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor Integratie;

5° Minister: de minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden.

HOOFDSTUK 2 – INTEGRATIETRAJECT

Art. 2 – Verlenging van de looptijd

De migrant die het integratietraject niet binnen de termijn bepaald in artikel 5, § 2, van het decreet kan doorlopen, dient ten vroegste zes maanden en ten laatste één maand vóór het verstrijken van die termijn een aanvraag tot verlenging van de termijn in bij het referentiecentrum.

Het referentiecentrum kan de termijn telkens met hoogstens één jaar verlengen:

1° bij onverenigbaarheid van de etappen van het integratietraject met een beroepsopleiding of een beroepsactiviteit;

2° voor migranten die bij het begin van het integratietraject het Latijnse alfabet niet beheersen;

3° om de volgende gezondheidsredenen:

a) bij een afwezigheid wegens ziekte van in totaal minstens één maand;

b) bij de geboorte van een kind;

c) bij een tijdelijk verblijf in het buitenland om medische redenen;

4° om de volgende persoonlijke redenen:

a) de migrant is om dwingende redenen tijdelijk in het buitenland;

b) bij een tijdelijke afwezigheid overeenkomstig artikel 18 van het koninklijk besluit van 16 juli 1992 betreffende de bevolkingsregisters en het vreemdelingenregister;

c) de migrant wordt beschouwd als mantelzorger overeenkomstig artikel 3 van de wet van 12 mei 2014 betreffende de erkenning van de mantelzorger die een persoon met een grote zorgbehoefte bijstaat;

d) de regelmatige kinderopvang voor de baby's en peuters van de migrant is niet gewaarborgd;

e) bij de adoptie van een kind;

5° bij een ontoereikend aanbod aan cursussen in het kader van het integratietraject;

6° als de eerstvolgende beschikbare taal- of integratiecursus ten vroegste drie of meer maanden nadat betrokkene zich bij het referentiecentrum voor het integratietraject heeft ingeschreven, van start gaat.

De gezondheidsredenen vermeld in het tweede lid, 3°, en de afwezigheidsduur worden gestaafd met een medisch attest.

De door het referentiecentrum toegekende verlenging wordt opgenomen in de overeenkomst over het integratietraject vermeld in artikel 8 van het decreet.

Het referentiecentrum houdt een geanonimiseerd register van de aangenomen en afgewezen verlengingsaanvragen bij.

Art. 3 – Taalcursus in één van de beide andere landstalen

Indien in het kader van de sociale balans die het referentiecentrum overeenkomstig artikel 14, eerste lid, 1°, a), van het decreet heeft opgemaakt, wordt vastgesteld dat de migrant door het leren van één van de beide andere landstalen meer mogelijkheden tot sociale integratie en/of beroepsintegratie heeft, wordt hij ingeschreven in een taalcursus die in een andere deelentiteit in het kader van het daar geldende integratietraject wordt gegeven of in een taalcursus erkend overeenkomstig hoofdstuk 3.

HOOFDSTUK 3 – ERKENNING EN SUBSIDIËRING VAN DE TAALCOURSUSSEN

Art. 4 – Erkenningsvoorwaarden

Om erkend te worden, moeten de diensten op zijn minst voldoen aan de volgende voorwaarden:

1° de taalcursussen worden georganiseerd door instituten voor voortgezette schoolopleiding of door instellingen voor volwassenenonderwijs overeenkomstig het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs;

2° de diensten bieden een laagdrempelige en/of een intensieve taalcursus aan:

a) de laagdrempelige taalcursus voldoet op zijn minst aan de volgende criteria:

- hij telt bij het begin van de cursus minstens 5 en hoogstens 12 deelnemers;
- hij omvat minstens 2 uur per week;
- hij is rechtstreeks relevant voor het leven en praktijkgericht;

b) de intensieve taalcursus voldoet op zijn minst aan de volgende criteria:

- hij telt bij het begin van de cursus minstens 8 en hoogstens 18 deelnemers;
- hij omvat minstens 12 uur per week;

3° de diensten bieden ofwel een alfabetiseringscursus aan, ofwel een taalcursus van het niveau A1, A1+ of A2 overeenkomstig het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen;

4° de diensten bieden minstens 120 uur per taalniveau aan;

5° de diensten bieden een op de behoeften afgestemde en op flexibele tijdstippen georganiseerde taalcursus aan;

6° voor het geven van de taalcursussen nemen de diensten cursusleiders in hoofdberoep of op honorariumbasis in dienst die minstens drie jaar ervaring in volwassenenonderwijs, taalonderwijs, vreemdetalenonderwijs of in de interculturele sector hebben of die een voor die functie nuttige opleiding kunnen aantonen.

Art. 5 – Erkenningsprocedure

§ 1 – Diensten die een erkenning willen krijgen, dienen daartoe een aanvraag in bij het departement.

§ 2 – Bij de aanvraag worden minstens de volgende stukken en gegevens gevoegd:

1° de identiteit van de aanvrager;

2° de statuten van de rechtspersoon;

3° het concept voor de organisatie en het verloop van de cursussen dat minstens de volgende inlichtingen bevat:

- a) de aangeboden cursusniveaus;
- b) het minimumaantal en het maximumaantal deelnemers per taalcursus;
- c) het tijdstip waarop een taalcursus kan worden aangevat;
- d) de kwalificatie van het onderwijzend personeel;
- e) de doelgroepgegevens;
- f) de mogelijke partnerorganisaties;
- g) de nadere regels voor de samenwerking met het referentiecentrum;
- h) de leermethoden of taallessmethoden.

Het departement legt het aanvraagformulier vast.

De aanvraag wordt per post of elektronisch ingediend. Het departement bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig kalenderdagen. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

§ 3 – Het departement onderzoekt of de ingediende aanvraag om erkenning volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt het departement de aanvrager een bevestiging. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het

departement de ontbrekende gegevens of - naargelang van het geval - de ontbrekende stukken aan bij de aanvrager.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Als na afloop van die termijn geen advies of een onvolledig advies is gegeven, wordt het advies als negatief beschouwd.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het tweede lid beslist de Minister of de erkenning wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

§ 4 – De erkenning wordt verleend voor een termijn van vier jaar.

§ 5 – Indien niet voldaan is aan één of meer voorwaarden die voor een erkenning noodzakelijk zijn, kan het departement in zijn advies vermeld in § 3, tweede lid, een voorwaardelijke voorlopige erkenning voorstellen.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in § 3, tweede lid, beslist de Minister of een voorlopige erkenning wordt toegekend en bepaalt hij de voorwaarden en de duur van de voorlopige erkenning.

Het departement verstrekt uiterlijk zestig dagen voor het verstrijken van de voorlopige erkenning een advies over de vraag of de dienst aan de voorwaarden heeft voldaan en bezorgt dat advies aan de Minister.

Binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, beslist de Minister of een definitieve erkenning wordt toegekend.

Indien de dienst na het verstrijken van de voorlopige erkenning geen definitieve erkenning krijgt, wordt de eventuele ondersteuning van de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

§ 6 – Wijzigingen van de gegevens vermeld in § 2 moeten vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dient de dienst een individuele schriftelijke aanvraag bij het departement in. Het departement onderzoekt of een afwijking met betrekking tot de behoefte en de integratie gerechtvaardigd is en bezorgt de Minister een advies binnen dertig dagen na ontvangst van de aanvraag. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, beslist de Minister of de wijziging wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

De dienst kan de wijziging pas na ontvangst van een toezegging uitvoeren.

De duur waarvoor de wijziging wordt goedgekeurd, is in elk geval beperkt tot hoogstens twaalf maanden en kan verlengd worden.

Het departement legt elke goedkeuring van een wijziging, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

§ 7 – Uiterlijk zes maanden voor het verstrijken van de erkenning dient de dienst een nieuwe aanvraag bij het departement in. Die aanvraag bevat de stukken en gegevens vermeld in § 2, voor zover die verschillen van de stukken en gegevens in de oorspronkelijke aanvraag.

Art. 6 – Behoud van de erkenning

Voor het behoud van de erkenning komen de erkende diensten de verplichtingen vermeld in dit besluit na, alsook de in het decreet vermelde voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen.

Art. 7 – Schorsing van de erkenning

§ 1 – Indien de dienst de verplichtingen vervat in het decreet of in dit besluit niet nakomt, maant het departement de dienst aan om die verplichtingen binnen dertig dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan de dienst, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, het departement vragen om de termijn eenmaal met hoogstens dertig dagen te verlengen.

§ 2 – Indien de dienst na de aanmaning vermeld in § 1 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, wordt de voorlopige of definitieve erkenning, op basis van een advies van het departement, door de Minister geschorst.

Vóór de schorsing deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan de dienst. De dienst kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt geschorst en voor hoelang.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de dienst.

Tijdens de duur van de schorsing van de erkenning biedt de betrokken dienst geen nieuwe cursus meer aan.

§ 3 – Tijdens de schorsing van de erkenning worden geen subsidies meer uitbetaald aan de dienst.

Indien de dienst de verplichtingen nakomt, maakt de Minister een einde aan de schorsing en kan hij de tussentijds niet uitbetaalde subsidies terugwerkend uitbetalen.

Art. 8 – Intrekking van de erkenning

§ 1 – Indien de dienst na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 7 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, trekt de Minister de voorlopige of - naargelang van het geval - definitieve erkenning in op basis van een advies van het departement.

Vóór de intrekking deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan de dienst. De dienst kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt ingetrokken.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de dienst.

§ 2 – Met de intrekking van de erkenning wordt de eventuele ondersteuning van de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

§ 3 – Vanaf het tijdstip waarop de ondersteuning van de dienst overeenkomstig artikel 14 van het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs of de ondersteuning als instituut voor voortgezette schoolopleiding stopgezet werd, wordt de erkenning in het kader van dit besluit van rechtswege ingetrokken.

Art. 9 – Beëindiging van de taalcursussen

§ 1 – De dienst deelt elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van zijn activiteit die niet aan een intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 8 te wijten is, schriftelijk mee aan het departement. Een uitzondering daarop vormen vakantieperioden en feestdagen.

De dienst deelt zijn voornemen minstens drie maanden voor de geplande tijdelijke stopzetting en zes maanden voor de geplande definitieve stopzetting schriftelijk mee aan de Minister.

De definitieve stopzetting van de activiteit van de dienst heeft tot gevolg dat de erkenning van rechtswege wordt ingetrokken en dat de eventuele subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap wordt beëindigd.

§ 2 – Indien een dienst aan een andere organiserende instantie wordt overgedragen, blijft de erkenning gedurende zes maanden na de overdracht geldig, op voorwaarde dat de nieuwe organiserende instantie een erkenning aanvraagt overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk.

Indien het departement binnen de termijn gesteld in het vierde lid geen aanvraag heeft ontvangen, komt dit neer op een definitieve stopzetting van de activiteit.

Art. 10 – Subsidiëring

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de voorwaarden bepaald in het tweede lid kent de Regering subsidie voor personeels- en werkingskosten toe aan erkende diensten voor de dienstverrichtingen bepaald in dit besluit.

Om gesubsidieerd te kunnen worden, mogen de diensten voor die activiteit geen subsidiëring in het kader van een andere regeling ontvangen.

Indien de diensten door andere overheidsinstanties gesubsidieerd kunnen worden, moet die subsidie aangevraagd worden. Die subsidies worden afgetrokken van de totale kosten, voordat de met toepassing van dit besluit toegekende subsidie berekend wordt.

De subsidiëring en de taakbeschrijving worden vastgelegd in het kader van een overeenkomst tussen een erkende dienst en de Regering.

Art. 11 – Niveautest

De door het referentiecentrum uitgevoerde taalniveautest om betrokkene vervolgens voor de passende taal cursus in te schrijven, voldoet minstens aan de volgende criteria:

1° hij is gebaseerd op het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen;

2° hij evalueert de volgende taalcompetenties:

- a) leesvaardigheid en schrijfvaardigheid;
- b) luistervaardigheid en spreekvaardigheid.

De migrant krijgt een kopie van zijn uitslag van de niveautest.

HOOFDSTUK 4 – ERKENNING EN SUBSIDIËRING VAN DE INTEGRATIECURSUS

Art. 12 – Erkenningsvoorwaarden

Om erkend te worden, moeten de diensten op zijn minst voldoen aan de volgende voorwaarden:

1° de integratie cursussen worden georganiseerd door instituten voor voortgezette schoolopleiding of door instellingen voor volwassenenonderwijs overeenkomstig het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs;

2° de integratie cursus voldoet op zijn minst aan de volgende criteria:

- a) hij telt bij het begin van de cursus minstens 8 en hoogstens 18 deelnemers;
- b) hij omvat minstens 60 uur die binnen hoogstens twaalf maanden moeten worden gegeven;
- c) hij is rechtstreeks relevant voor het leven en praktijkgericht;
- d) hij bevat de voor de deelnemer verplichte opmaak van een persoonlijk actieplan;
- e) hij informeert over de fundamentele rechten en plichten die in de Belgische Grondwet zijn vastgelegd;
- f) hij geeft informatie over de Belgische staatsstructuur en over de Europese instellingen;
- g) hij geeft informatie over gezondheidszorg, huisvesting, onderwijs, werk en sociale zekerheid;
- h) hij geeft informatie over het dagelijks leven en het interculturele samenleven in de Duitstalige Gemeenschap;

3° de diensten bieden een op de behoeften afgestemde en op flexibele tijdstippen georganiseerde integratie cursus aan;

4° de diensten bieden de mogelijkheid minstens twee keer per jaar een integratie cursus aan te volgen;

5° voor het geven van de integratie cursussen nemen de diensten cursusleiders in hoofdberoep of op honorariumbasis in dienst die minstens drie jaar ervaring in volwassenenonderwijs of in de interculturele sector hebben of die een voor die functie nuttige opleiding kunnen aantonen.

Art. 13 – Erkenningsprocedure

§ 1 – Diensten die een erkenning willen krijgen, dienen daartoe een aanvraag in bij het departement.

§ 2 – Bij de aanvraag worden minstens de volgende stukken en gegevens gevoegd:

- 1° de identiteit van de aanvrager;
- 2° de statuten van de rechtspersoon;
- 3° het concept voor de organisatie en het verloop van de cursussen dat minstens de volgende inlichtingen bevat:
 - a) het aantal deelnemers per integratiecursus;
 - b) waar en wanneer de integratiecursus plaatsvindt;
 - c) het tijdstip waarop een integratiecursus kan worden aangevat;
 - d) de kwalificatie van het onderwijzend personeel;
 - e) de doelgroepgegevens;
 - f) de mogelijke partnerorganisaties;
 - g) de nadere regels voor de samenwerking met het referentiecentrum.

Het departement legt het aanvraagformulier vast.

De aanvraag wordt per post of elektronisch ingediend. Het departement bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig kalenderdagen. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

§ 3 – Het departement onderzoekt of de ingediende aanvraag om erkenning volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt het departement de aanvrager een bevestiging. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de ontbrekende gegevens of - naargelang van het geval - de ontbrekende stukken aan bij de aanvrager.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Als na afloop van die termijn geen advies of een onvolledig advies is gegeven, wordt het advies als negatief beschouwd.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het tweede lid beslist de Minister of de erkenning wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

§ 4 - De erkenning wordt verleend voor een termijn van vier jaar.

§ 5 – Indien niet voldaan is aan één of meer voorwaarden die voor een erkenning noodzakelijk zijn, kan het departement in zijn advies vermeld in § 3, tweede lid, een voorwaardelijke voorlopige erkenning voorstellen.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in § 3, tweede lid, beslist de Minister of een voorlopige erkenning wordt toegekend en bepaalt hij de voorwaarden en de duur van de voorlopige erkenning.

Het departement verstrekt uiterlijk zestig dagen voor het verstrijken van de voorlopige erkenning een advies over de vraag of de dienst aan de voorwaarden heeft voldaan en bezorgt dat advies aan de Minister.

De Minister beslist binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, of een definitieve erkenning wordt toegekend.

Indien de dienst na het verstrijken van de voorlopige erkenning geen definitieve erkenning krijgt, wordt de eventuele ondersteuning van de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

§ 6 – Wijzigingen van de gegevens vermeld in § 2 moeten vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dient de dienst een individuele schriftelijke aanvraag bij het departement in. Het departement onderzoekt of een afwijking met betrekking tot de behoefte en de integratie gerechtvaardigd is en bezorgt de Minister een advies binnen dertig dagen na ontvangst van de aanvraag. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

De Minister beslist binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, of de wijziging wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

De dienst kan de wijziging pas na ontvangst van een toezegging uitvoeren.

De duur waarvoor de wijziging wordt goedgekeurd, is in elk geval beperkt tot hoogstens twaalf maanden en kan verlengd worden.

Het departement legt elke goedkeuring van een wijziging, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

§ 7 – Uiterlijk zes maanden voor het verstrijken van de erkenning dient de dienst een nieuwe aanvraag bij het departement in. Die aanvraag bevat de stukken en gegevens vermeld in § 2, voor zover die verschillen van de stukken en gegevens in de oorspronkelijke aanvraag.

Art. 14 – Behoud van de erkenning

Voor het behoud van de erkenning komen de diensten de verplichtingen vermeld in dit besluit na, alsook de in het decreet vermelde voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen.

Art. 15 – Schorsing van de erkenning

§ 1 – Indien de dienst de verplichtingen vervat in het decreet of in dit besluit niet nakomt, maant het departement de dienst aan om die verplichtingen binnen dertig dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan de dienst, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, het departement vragen om de termijn eenmaal met hoogstens dertig dagen te verlengen.

§ 2 – Indien de dienst na de aanmaning vermeld in § 1 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, wordt de voorlopige of definitieve erkenning, op basis van een advies van het departement, door de Minister geschorst.

Vóór de schorsing deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan de dienst. De dienst kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat

voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt geschorst en voor hoelang.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de dienst.

Tijdens de duur van de schorsing van de erkenning biedt de betrokken dienst geen nieuwe cursus meer aan.

§ 3 – Tijdens de schorsing van de erkenning worden geen subsidies meer uitbetaald aan de dienst.

Indien de dienst de verplichtingen nakomt, maakt de Minister een einde aan de schorsing en kan hij de tussentijds niet uitbetaalde subsidies terugwerkend uitbetalen.

Art. 16 – Intrekking van de erkenning

§ 1 – Indien de dienst na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 15 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, trekt de Minister de voorlopige of - naargelang van het geval - definitieve erkenning in op basis van een advies van het departement.

Vóór de intrekking deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan de dienst. De dienst kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt ingetrokken.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van de dienst.

§ 2 – Met de intrekking van de erkenning wordt de eventuele ondersteuning van de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

§ 3 – Vanaf het tijdstip waarop de ondersteuning van de dienst overeenkomstig artikel 14 van het decreet van 17 november 2008 ter ondersteuning van de instellingen voor volwassenenonderwijs of de ondersteuning als instituut voor voortgezette schoolopleiding stopgezet werd, wordt de erkenning in het kader van dit besluit van rechtswege ingetrokken.

Art. 17 – Beëindiging van de integratiecursus

§ 1 – De dienst deelt elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van zijn activiteit die niet aan een intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 16 te wijten is, schriftelijk mee aan het departement. Een uitzondering daarop vormen vakantieperioden

en feestdagen.

De dienst deelt zijn voornemen minstens drie maanden voor de geplande tijdelijke stopzetting en zes maanden voor de geplande definitieve stopzetting schriftelijk mee aan de Minister.

De definitieve stopzetting van de activiteit van de dienst heeft tot gevolg dat de erkenning van rechtswege wordt ingetrokken en dat de eventuele subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap wordt beëindigd.

§ 2 – Indien een dienst aan een andere organiserende instantie wordt overgedragen, blijft de erkenning gedurende zes maanden na de overdracht geldig, op voorwaarde dat de nieuwe organiserende instantie een erkenning aanvraagt overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk.

Indien het departement binnen de termijn gesteld in het vierde lid geen aanvraag heeft ontvangen, komt dit neer op een definitieve stopzetting van de activiteit.

Art. 18 – Subsidiëring

Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen en onder de voorwaarden bepaald in dit artikel kent de Regering subsidie voor personeels- en werkingskosten toe aan erkende diensten voor de dienstverrichtingen bepaald in dit besluit.

Om gesubsidieerd te kunnen worden, mogen de diensten voor die activiteit geen subsidiëring in het kader van een andere regeling ontvangen.

Indien de diensten door andere overheidsinstanties gesubsidieerd kunnen worden, moet die subsidie aangevraagd worden. Die subsidies worden afgetrokken van de totale kosten, voordat de met toepassing van dit besluit toegekende subsidie berekend wordt.

De subsidiëring en de taakbeschrijving worden vastgelegd in het kader van een overeenkomst tussen een erkende dienst en de Regering.

Art. 19 – Taal van de integratiecursus

§ 1 – De integratiecursus kan in een andere taal gegeven worden als ten minste aan de volgende voorwaarden wordt voldaan:

1° de cursus telt minstens acht deelnemers die dezelfde taal op hetzelfde niveau beheersen;

2° de cursus vindt plaats op een makkelijk bereikbare plaats en op flexibele tijdstippen voor de deelnemers;

3° de erkende dienst beschikt over een cursusleider of een op honorariumbasis werkzame kracht die deze taal beheerst.

§ 2 – Indien de migrant al een taalcursus van niveau A2 van het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen in een andere landstaal heeft voltooid of niveau A2 van het Gemeenschappelijk Europees Referentiekader voor Moderne Vreemde Talen in een andere landstaal heeft, kan hij de integratiecursus in één van de twee andere landstalen volgen.

Art. 20 – Gelijkstelling van andere cursussen

De integratiecursus die vóór inwerkingtreding van dit besluit werd voltooid bij het

Belgische Rode Kruis, bij een instituut voor voortgezette schoolopleiding of bij een ondersteunde instelling voor volwassenenonderwijs, wordt gelijkgesteld met de integratiecursus vermeld in dit besluit.

HOOFDSTUK 5 – ERKENNING VAN EEN REFERENTIECENTRUM VOOR INTEGRATIE EN MIGRATIE

Art. 21 – Erkenningsprocedure

§ 1 – Instellingen die een erkenning willen krijgen, dienen daartoe een aanvraag in bij het departement.

§ 2 – Bij de aanvraag worden minstens de volgende stukken en gegevens gevoegd:

- 1° de identiteit van de aanvrager;
- 2° de statuten van de rechtspersoon;
- 3° de aangeboden dienstverrichtingen op het gebied van integratie;
- 4° de kwalificatie van het personeel;
- 5° de nadere regels voor de samenwerking met de diensten voor volwassenenonderwijs en met de gemeenten.

Het departement legt het aanvraagformulier vast.

De aanvraag wordt per post of elektronisch ingediend. Het departement bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig kalenderdagen. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

§ 3 – Het departement onderzoekt of de ingediende aanvraag om erkenning volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt het departement de aanvrager een bevestiging. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de ontbrekende gegevens of - naargelang van het geval - de ontbrekende stukken aan bij de aanvrager.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Als na afloop van die termijn geen advies of een onvolledig advies is gegeven, wordt het advies als negatief beschouwd.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het tweede lid beslist de Minister of de erkenning wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als geweigerd.

§ 4 – Overeenkomstig artikel 13, § 2, tweede lid, van het decreet wordt de erkenning toegekend voor een periode van zes jaar.

§ 5 – Indien niet voldaan is aan één of meer voorwaarden die voor een erkenning noodzakelijk zijn, kan het departement in zijn advies vermeld in § 3, tweede lid, een voorwaardelijke voorlopige erkenning voorstellen.

Binnen zestig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in § 3, tweede lid, beslist de Minister of een voorlopige erkenning wordt toegekend en bepaalt hij de voorwaarden en de duur van de voorlopige erkenning.

Het departement verstrekt uiterlijk zestig dagen voor het verstrijken van de voorlopige erkenning een advies over de vraag of het referentiecentrum aan de voorwaarden heeft voldaan en bezorgt dat advies aan de Minister.

De Minister beslist binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, of een definitieve erkenning wordt toegekend.

Indien de aanvrager na het verstrijken van de voorlopige erkenning geen definitieve erkenning krijgt, wordt de eventuele ondersteuning van de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

§ 6 – Tijdens de duur van de erkenning deelt het referentiecentrum elke wijziging van de gegevens vermeld in § 2 binnen dertig dagen schriftelijk mee aan het departement.

Tijdens de duur van de erkenning kan het departement het referentiecentrum te allen tijde om een actuele stand van de gegevens vermeld in § 2 verzoeken.

Wijzigingen van de gegevens vermeld in § 2, eerste lid, 3° en 4°, moeten vooraf worden goedgekeurd.

Daartoe dient het referentiecentrum een individuele schriftelijke aanvraag bij het departement in. Het departement onderzoekt of een afwijking gerechtvaardigd is en bezorgt de Minister een advies binnen dertig dagen na ontvangst van de aanvraag. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

De Minister beslist binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, of de wijziging wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de goedkeuring als geweigerd.

Het referentiecentrum kan de wijziging pas na ontvangst van een toezegging uitvoeren.

De duur waarvoor de wijziging wordt toegestaan, is in elk geval beperkt tot hoogstens twaalf maanden en kan verlengd worden.

Het departement legt elke goedkeuring van een wijziging, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

§ 7 – Uiterlijk zes maanden voor het verstrijken van de erkenning dient het referentiecentrum een nieuwe aanvraag bij het departement in. Die aanvraag bevat de stukken en gegevens vermeld in § 2, voor zover die verschillen van de stukken en gegevens in de oorspronkelijke aanvraag.

Art. 22 – Behoud van de erkenning

Voor het behoud van de erkenning komt het referentiecentrum de verplichtingen vermeld in dit besluit na, alsook de in het decreet vermelde voorwaarden die aan de erkenning ten grondslag liggen.

Art. 23 – Schorsing van de erkenning

§ 1 – Indien het referentiecentrum de verplichtingen vervat in het decreet of in dit

besluit niet nakomt, maant het departement het referentiecentrum aan om die verplichtingen binnen dertig dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan het referentiecentrum, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, het departement vragen om de termijn eenmaal met hoogstens dertig dagen te verlengen.

§ 2 – Indien het referentiecentrum na de aanmaning vermeld in § 1 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, wordt de voorlopige of - naargelang van het geval - definitieve erkenning, op basis van een advies van het departement, door de Minister geschorst.

Vóór de schorsing deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan het referentiecentrum. Het referentiecentrum kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt geschorst en voor hoelang.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van het referentiecentrum.

Tijdens de duur van de schorsing van de erkenning neemt het referentiecentrum geen nieuwe aanvragen meer aan van de migranten of van de natuurlijke personen en rechtspersonen die in het Duitse taalgebied met migranten werken.

§ 3 – Tijdens de schorsing van de erkenning worden geen subsidies meer uitbetaald aan het referentiecentrum.

Indien het referentiecentrum de verplichtingen nakomt, maakt de Minister een einde aan de schorsing en kan hij de tussentijds niet uitbetaalde subsidies terugwerkend uitbetalen.

Art. 24 – Intrekking van de erkenning

§ 1 – Indien het referentiecentrum na het verstrijken van de duur van de schorsing vermeld in artikel 23 de verplichtingen nog altijd niet nakomt, trekt de Minister de voorlopige of - naargelang van het geval - definitieve erkenning in op basis van een advies van het departement.

Vóór de intrekking deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan het referentiecentrum. Het referentiecentrum kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of - naargelang van het geval - van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt ingetrokken.

Die beslissing wordt zo snel mogelijk ter kennis gebracht van het referentiecentrum.

§ 2 – Met de intrekking van de erkenning wordt de eventuele ondersteuning van de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

Art. 25 – Beëindiging van de erkenning

§ 1 – Het referentiecentrum deelt elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van zijn activiteit die niet aan een intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 24 te wijten is, schriftelijk mee aan het departement. Een uitzondering daarop vormen vakantieperioden en feestdagen.

Het referentiecentrum deelt zijn voornemen minstens drie maanden voor de geplande tijdelijke stopzetting en zes maanden voor de geplande definitieve stopzetting schriftelijk mee aan de Minister.

De definitieve stopzetting van de activiteit van het referentiecentrum heeft tot gevolg dat de erkenning van rechtswege wordt ingetrokken en dat de eventuele subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap wordt beëindigd.

§ 2 – Indien het referentiecentrum aan een andere organiserende instantie wordt overgedragen, blijft de erkenning gedurende zes maanden na de overdracht geldig, op voorwaarde dat de nieuwe organiserende instantie een erkenning aanvraagt overeenkomstig de bepalingen van dit hoofdstuk.

Indien het departement binnen de termijn gesteld in het vierde lid geen aanvraag heeft ontvangen, komt dit neer op een definitieve stopzetting van de activiteit.

Art. 26 – Kwalificatie van het personeel

§ 1 – Voor 'sociale begeleiding en sociaal advies' beschikt het referentiecentrum over minstens één voltijds equivalent, verdeeld over één of meer geschoolde krachten. Deze hebben een bachelor in een sociale richting of een daarmee gelijkgesteld diploma.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen of als er een bewezen gebrek aan personeel is voor de vereiste kwalificatie. De Minister beslist na een advies van het departement binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

§ 2 – Voor 'administratie' beschikt het referentiecentrum over minstens één halftijds equivalent, verdeeld over één of meer geschoolde krachten. Deze hebben een diploma van het hoger algemeen secundair onderwijs.

De Minister kan houders van andere kwalificaties toelaten als zij een voor de beoogde functie buitengewoon nuttige beroepservaring of bijzondere opleiding kunnen bewijzen of als er een bewezen gebrek aan personeel is voor de vereiste kwalificatie. De Minister beslist na een advies van het departement binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

§ 3 – De bepalingen vermeld in de §§ 1 en 2 gelden niet voor het personeel dat al vóór de inwerkingtreding van dit besluit in de instelling werkte die als referentiecentrum werd erkend.

HOOFDSTUK 6 – ONDERSTEUNING VAN INTEGRATIEMAATREGELEN

Art. 27 – Gemeentelijke integratieambtenaren

De gemeentelijke integratieambtenaren hebben in het bijzonder de volgende taken:

- 1° vrijwilligers die op het gebied van integratie actief zijn, ondersteunen en in een netwerk laten werken;
- 2° de coördinatie van verschillende integratieprojecten op lokaal niveau;
- 3° de behoeften rond het thema 'integratie' op lokaal niveau bepalen;
- 4° lokale integratieconcepten uitwerken;
- 5° deelnemen aan gremia die actief zijn op gebied van integratie.

Aanvullende taken, alsook de ondersteuningsvoorwaarden worden vastgelegd in het kader van een overeenkomst tussen de Regering en de gemeente of het openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn.

HOOFDSTUK 7 – BESCHERMING VAN PERSOONSGEGEVENS

Art. 28 – Verwerking van persoonsgegevens

§ 1 – Voor de uitvoering van zijn wettelijke of decretale opdrachten:

- 1° kan het referentiecentrum de volgende gegevens verwerken:
 - a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres;
 - b) einddiploma, opleiding, diploma's;
 - c) burgerlijke staat, gezinssamenstelling, gezinssituatie;
 - d) verblijfsstatus, woonsituatie, beschikbaar vervoermiddel, sociale omgeving, verloop en deelneming aan het integratietraject, financiële middelen;
 - e) interesses, hobby's, verenigingsleven;
 - f) beroepsmatige en sociale ervaringen en competenties, talenkennis;
 - g) raciale of etnische afkomst, politieke opvattingen, religieuze of levensbeschouwelijke overtuigingen;
 - h) administratieve straffen.

2° kunnen de instellingen die belast zijn met de socio-professionele oriëntering, de volgende gegevens verwerken:

- a) naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, telefoonnummer en e-mailadres;
- b) einddiploma, opleiding, diploma's;
- c) burgerlijke staat, gezinssamenstelling, gezinssituatie;
- d) verblijfsstatus, woonsituatie, beschikbaar vervoermiddel, sociale omgeving, verloop en deelneming aan het integratietraject, financiële middelen;
- e) interesses, hobby's, verenigingsleven;
- f) beroepsmatige en sociale ervaringen en competenties, talenkennis;
- g) raciale of etnische afkomst, politieke opvattingen, religieuze of levensbeschouwelijke overtuigingen.

3° kunnen de inspecteurs en externe deskundigen die op grond van artikel 32 van het decreet zijn aangewezen, de volgende gegevens over de migranten verwerken: naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, woonplaats, datum van aankomst in België en aanmelding bij de gemeente, telefoonnummer, e-mailadres,

administratieve straffen en verloop en deelneming aan het integratietraject.

§ 2 – Met behoud van de toepassing van andere wettelijke, decretale of reglementaire bepalingen die eventueel in een langere bewaringstermijn voorzien, worden de gegevens vermeld in § 1 gedurende tien jaar, te rekenen vanaf de datum waarop ze zijn verzameld, verwerkt en bewaard.

Met behoud van de toepassing van de bepalingen betreffende het archiefwezen worden ze uiterlijk na het verstrijken van die termijn vernietigd.

§ 3 – De verantwoordelijke voor de verwerking van de gegevens vermeld in dit besluit en vermeld in artikel 29 van het decreet waarborgt de inachtneming van de voorschriften vervat in artikel 1, § 4, van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens.

§ 4 – De toegang tot de gegevens bepaald in artikel 29 van het decreet ter uitvoering van artikel 26 van hetzelfde decreet is beperkt tot de informatie die nodig is voor de uitvoering van de taken en voor de vereisten van de diensten. De gegevens worden alleen uitgewisseld en verwerkt met betrekking tot de deelneming aan het integratietraject.

HOOFDSTUK 8 – CONTROLEBEPALINGEN

Art. 29 – Afbreken van het integratietraject

Het integratietraject mag worden afgebroken om één van de volgende redenen:

1° de migrant krijgt het bevel om het grondgebied te verlaten;

2° de migrant heeft zijn woonplaats of gewone verblijfplaats niet meer in het Duitse taalgebied;

3° de migrant heeft een chronische ziekte of beperking die met een medisch attest gestaafd wordt en die hem niet langer in staat stelt aan het integratietraject deel te nemen;

4° de migrant valt tijdens zijn integratietraject onder één van de categorieën vermeld in artikel 6, § 2, tweede lid, van het decreet.

HOOFDSTUK 9 – SLOTBEPALINGEN

Art. 30 – Wijzigingsbepaling

In de bijlage van het besluit van de Regering van 12 juli 2001 tot harmonisatie van het presentiegeld en van de reisvergoedingen in instellingen en raden van beheer van de Duitstalige Gemeenschap, laatstelijk gewijzigd bij het besluit van de Regering van 28 oktober 2016, wordt de bepaling onder 2 aangevuld met een streepje, luidende:

"- Adviescommissie voor integratie en samenleven in diversiteit"

Art. 31 – Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 november 2018.

Art. 32 – Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President
O. PAASCH

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden
A. ANTONIADIS